

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 29.09.2017, Seite 8 / Ansichten

Von Alexander Neu
04.10.2017

Abzug statt Umzug!

Bundeswehr im Anti-IS-Einsatz. Gastkommentar



Die Air Base Incirlik (Türkei)

Foto: Falk Bärwald/Bundeswehr/dpa

Alexander Neu (Die Linke) ist Obmann im Verteidigungsausschuss des Bundestages

Der Umzug der Bundeswehr vom Luftwaffenstützpunkt im türkischen Incirlik ins jordanische Al-Asrak ist fast abgeschlossen. Dies war unumgänglich und längst überfällig. Präsident Erdogan hat die Bundesregierung wiederholt vorgeführt, hat eskaliert und die Türkei weiter in Richtung einer autokratischen Herrschaft entwickelt. Die

Bundesregierung hat sich die Bedingungen, unter denen Bundestagsabgeordnete deutsche Soldaten in der Türkei besuchen dürfen, von Erdogan diktieren lassen. Damit ist nun Schluss – zumindest was Incirlik betrifft, nicht jedoch in Konya. In Konya sind deutsche Soldaten im Rahmen des AWACS-Einsatzes.

Mit dem Umzug auf den Stützpunkt Al-Asrak in Jordanien wird allerdings nur ein Übel gegen ein anderes getauscht. Jordanien weigert sich bis zum heutigen Tag, ein Abkommen mit der Bundesregierung zu unterzeichnen, welches den dort stationierten Soldaten der Bundeswehr Immunität vor Strafverfolgung vor Ort zusichert. In Jordanien gibt es die Todesstrafe, und in einigen Rechtsbereichen gilt die Scharia. Diese Rechtsprechung würde auch Anwendung bei Angehörigen der Bundeswehr finden. Die Bundesregierung weiß seit Wochen von diesem Problem. Sie schlittert von einer diplomatischen Krise in die nächste. Und alles nur, weil sie auf Teufel komm raus an diesem politisch falschen und völker- und verfassungsrechtswidrigen Anti-IS-Einsatz festhalten will. Konsequenter wäre es gewesen, die deutsche Beteiligung endlich zu beenden. Die Bundeswehr hätte dort nie stationiert werden dürfen. Zumal es im Mandat heißt, dass die Bundesregierung die aus den Aufklärungsflügen gewonnenen Daten »mit weiteren Akteuren der internationalen Allianz gegen IS austauschen und abgleichen« will.

Nach dem Einmarsch in Mossul und dem bevorstehenden Fall von Rakka wird deren Einsatz wahrscheinlich Ende des Jahres oder Anfang 2018 ohnehin obsolet sein. Es besteht daher gar keine Notwendigkeit mehr, die Bundeswehr in der Region zu stationieren. Es sei denn, Deutschland und seine Verbündeten verfolgen noch ganz andere Ziele.

Seit Donnerstag ist bekannt, dass die Bundesregierung den im Dezember auslaufenden Anti-IS-Einsatz provisorisch verlängern will, bis die neue Regierung im Amt ist. Ob der Bundestag dabei übergangen werden soll, ist noch nicht klar. Ohne die Entscheidung des Parlaments würde es sich um eine rechtswidrige Entscheidung der Bundesregierung handeln. Der Bundestag ist ab seiner konstituierenden Sitzung am 23. Oktober wieder beschlussfähig und muss über eine Verlängerung von Mandaten entscheiden. Die Bundeswehr ist immerhin eine Parlamentsarmee. Es ist nicht auszuschließen, dass die Bundesregierung die jetzige Umbruchsituation nutzen will, um das Parlamentsbeteiligungsgesetz zu schleifen. Mit der Linken wird das nicht zu machen sein.